

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugsp.: Monatl. d. Post N 120 einschl. 18 3 Beförd.-Geb. zur 3 Zustellungsgeb.; d. Ag. N 140 einschl. 20 3 Austrägergeb.; Einzel. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsföhr. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschriß: Tannenblatt. / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 143

Altensteig, Donnerstag, den 24. Juni 1937

60. Jahrgang

Deutschland tritt von dem Kontrollsystem endgültig zurück

Die laue Haltung in Paris und London trägt die Schuld — Solidaritätserklärung der italienischen Regierung

Berlin, 23. Juni. Der Botschafter von Ribbentrop ist beauftragt worden, den im Kontrollauschuh in London vertretenen Regierungen folgende Mitteilung zu machen:

„Die Reichsregierung hat nach Bekanntwerden der Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“ am 15. und 18. Juni dieses Jahres alsbald den anderen an der Seckontrolle in den spanischen Gewässern beteiligten Mächten mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, ihre mit einer internationalen Aufgabe betrauten Seestreitkräfte weiteren Schicksalsverurteilungen Spaniens auszuweichen. Sie hat sich hinsichtlich der von ihr zu fordernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein Minimum beschränkt, nämlich auf eine sofort auszuführende Flottendemonstration der vier Kontrollmächte, um auf diese Weise eine deutliche sichtbare solidarische Warnung zum Ausdruck zu bringen. Da die englische und französische Regierung sich nicht einmal zu dieser Minimalforderung haben bereitfinden lassen, muß die deutsche Regierung zu ihrem Bedauern feststellen, daß es an derjenigen Solidarität der Kontrollmächte fehlt, die für die Durchführung der gemeinsam übernommenen internationalen Aufgabe die unerlässliche Voraussetzung bildet. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zurückzuziehen.“

Die Königlich-italienische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie sich deren Vorgehen anschließt und sich ebenfalls aus dem Kontrollsystem zurückzieht.

D.H. Diese Vorgänge verpflichten uns, so bemerkt das Deutsche Nachrichtenbüro ergänzend, zu folgender grundsätzlicher Stellungnahme:

1. Das Deutsche Reich hat — zum Unterschied anderer Völker und Staaten — weder früher noch jetzt mit dem spanischen Volk Differenzen, die in irgendwelchen territorialen oder sonstigen besonderen politischen Absichten begründet liegen. Deutschland hat daher ebenfalls zum Unterschied zu anderen Staaten — an keiner der geschichtlichen Verwundungen Spaniens teilgenommen. Dies gilt auch für die heutige Zeit, in der das deutsche Volk in tiefstem Mitleidempfinden ein Leid des spanischen Volkes verfolgt — das uns Deutschen aus ähnlichen Erfahrungen — selbst nicht unbekannt ist. Die gleiche von Moskau organisierte und bezahlte Verbrecherei, die in Deutschland anderthalb Jahrzehnte lang verübt hat, den Bolschewismus herbeizuführen und damit unser blühendes Land in ein Ruinenfeld zu verwandeln bemüht sich seit Jahren, auch Spanien zu zerstören. Die Art der Methoden und Taten kennen wir. Hunderttausende abgeschlachtete Männer, Frauen und Kinder sind die Blutzeugen dieser bolschewistischen Verbrechen. Daher stehen in diesem Kampf des nationalen Spanien gegen seine Moskauer Unterdrücker und Zerstörer die Sympathien des deutschen Volkes und damit auch seiner Führer eindeutig auf Seiten der in Spanien von den Moskauer organisierten Banden gequälten Bevölkerung des nationalen Spanien. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben dabei nur ein Interesse, daß ein wahrhaft unabhängiges und freies Spanien wieder ersehen und daß es ihm gelingen möge, die schweren Wunden, die der bolschewistische Bürgerkrieg geschlagen hat, wieder zu heilen. Darüber hinaus hat Deutschland dann allerdings auch den verständlichen Wunsch, mit diesem national geordneten und unabhängigen Spanien alle jene kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu pflegen, die nicht nur den Interessen dieser beiden Länder dienen, sondern die auch in höherem Sinne der internationalen Zusammenarbeit und Wohlfahrt nützlich sind. Ueberhaupt sind sich das deutsche Volk und seine Regierung darüber im Klaren, daß es in Europa nur entweder ein System unabhängiger freier Nationalstaaten, oder ein kommunistisches politisches und damit wirtschaftliches Chaos geben kann. Deutschland ist daher der Ueberzeugung, daß es eine Pflicht aller europäischen Staaten wäre, gemeinsam gegen die von Moskau ausgehenden Verbrechen Stellung zu nehmen, die beachtlichen, das System dieser freien und unabhängigen Nationalstaaten zu zerstören, um an ihre Stelle ein von Revolutionen erschüttertes und von Moskau aus tyrannisirtes internationales Chaos zu legen.

Und endlich ist das Entscheidende: nicht das nationalsozialistische Deutschland beabsichtigt oder versucht, aus Spanien eine Provinz des Deutschen Reiches oder einen Gau der nationalsozialistischen Bewegung zu machen, sondern das bolschewistische Moskau bemüht sich wie überall, so auch in Spanien eine Section der Komintern zu machen!

Dies zu verhindern läge aber ebenso im Interesse Europas, ja der Welt, wie es natürlich auch im Interesse Deutschlands liegt.

Alle anderen Behauptungen über besondere Absichten Deutschlands in Bezug auf Spanien, Marokko, oder dessen sonstigen kolonialen Besitz sind von den Helfershelfern und den leider besonders in unseren westlichen Staaten stehenden Freunden der Bolschewisten erfundene Lügen.

2. Deutschland hat daher von diesen Auffassungen geleitet von Anfang an versucht, dahin zu wirken, daß die bedauerliche inner-spanische Auseinandersetzung ausschließlich Angelegenheit der Spanier selbst sein müßte. Das heißt, Deutschland hat genau so wie Italien gleich zu Beginn der spanischen Krise gegen jeden Versuch einer politischen, finanziellen, militärischen oder sonstigen Einmischung Stellung genommen. Gerade diese Auffassung aber wurde von den demokratischen und bolschewistischen Staaten abgelehnt. Sie begannen Freiwillige anzuwerben, sie veranstalteten Geldsammlungen, sie lieferten Kriegsmaterial und von ihnen kamen die Agenten, Instrukteure und Lehrmeister der bolschewistischen Schlächterei. Und erst als sich im Verlauf der Entwicklung trotzdem — wie es nicht anders zu erwarten war — das nationale und damit allein wahrhaft unabhängige Spanien gegenüber den von Moskau und seinen Freunden organisierte und militärisch ausgehaltene bolschewistische Verbrechertum durchzusetzen begann, wuchs das Interesse auch in gewissen Kreisen der demokratischen Staaten für eine Aufnahme der deutschen und italienischen Ideen für eine wirkliche Nichteinmischung in eben dem Maße, in dem man zu glauben schien, dadurch der nationalen Seite Abbruch tun und der bolschewistischen Standpflanzung Vorhub leisten zu können.

3. Trotzdem hat sich Deutschland bereit erklärt, soweit eine wirklich gerechte und allseitige Nichteinmischung gewährleistet würde, zu deren Herbeiführung auch jetzt noch seinen Teil beizutragen. Im Zuge dieser Bestrebungen war Deutschland daher auch bereit, sich an den praktischen Maßnahmen einer Konferenz zu beteiligen, die leider — dies muß heute wenigstens insoweit es sich um die Versorgung des bolschewistischen Teiles mit Kriegsmaterialien handelt, gesagt werden — nach den gemachten Erfahrungen ohnehin erfolglos geblieben ist.

4. Trotzdem wurde von den bolschewistischen Machthabern in Valencia nunmehr versucht, durch Aktionen die den roten Teil betreffende Seckontrolle zu stören und die an ihr beteiligten Schiffe mit allen Mitteln anzugreifen. So erfolgte im Zuge dieser Absichten u. a. der Angriff auf deutsche, englische und italienische Schiffe im Hafen von Palma. Sechs italienische Offiziere sind dabei durch die Bombenangriffe der roten Piraten ums Leben gekommen. Der Nichteinmischungsaus-schuh nahm diese Vorfälle zur Kenntnis, ohne sich natürlich zu irgend einer Entscheidung auszusprechen zu können oder zu wollen. Am den roten Machthabern in Valencia jeden Vorwand für neue Angriffe zu nehmen, zog Deutschland seine Schiffe aus dem Hafen von Palma zurück und legte die Blöße für die Uebernahme von Del und sonstige Vorkräte auf die Rederei von Ibiza, einem militärisch gänzlich belanglosen Ort. Nunmehr hatten die Machthaber von Valencia in Verfolg ihrer Absichten zu einem neuen Anschlag aus und liehen das Panzerschiff „Deutschland“ vor Ibiza durch Bombensingenzeuge angreifen. Das Panzerschiff selbst hat im ganzen Verlauf dieses Ueberfalls nicht einen Schuß abgefeuert. Seine eigenen Opfer betragen 31 Tote und 77 Verwundete, unter den letzteren viele leider sehr schwer verletzte. Da die deutsche Reichsregierung durch die zurückliegenden Erfahrungen belehrt, der festen Ueberzeugung war, daß auch in diesem Falle weder die Kontrollkommission noch der Nichteinmischungsausshuh die geringsten Entschlüsse fassen würde, hat sie von sich die notwendige und für eine Großmacht selbstverständliche Vergeltung geübt. Nicht um einen Raubakt zu begehnen; denn durch das Bombardement von Almeria konnten weder die Toten unseres Panzerschiffes lebendig, noch die Krüppel wieder gesund werden. Nein: diese Verbrechen erfolgte nur, um durch diese Vergeltung den Verbrechern in Valencia die Lehre zu geben, wenigstens für die Zukunft weitere derartige Angriffe auf deutsche Kontrollschiffe zu unterlassen. Ebenso wurde, um Ueberfälle ähnlicher Art künftighin von vornherein unmöglich zu machen, den deutschen Seestreitkräften der Befehl gegeben, von jetzt ab auf sich annähernde Luft- oder Seestreitkräfte der bolschewistischen Herden von Valencia sofort das Feuer zu eröffnen. Die vier an der Seckontrolle in den spanischen Gewässern beteiligten Mächte hatten nun unter dem Eindruck dieser Vorgänge am 12. Juni vereinbart, daß von jetzt ab weitere Angriffe auf die Kontrollschiffe dieser Mächte als deren gemeinsame Sache angesehen würde und daß über die dann gemeinsam zu ergreifenden Maßnahmen sofort eine Verständigung herbeigeführt werden sollte. Zugleich wurde dabei aber festgestellt, daß bei der Beschlußfassung dieser Maßnahmen natürlich die unmittelbar betroffene Macht in erster Linie berücksichtigt werden müßte.

5. Nachdem durch den erfolgten deutschen Befehl von jetzt ab auf alle sich annähernden roten See- oder Luftstreitkräfte sofort das Feuer zu eröffnen, solche Angriffe für die Zukunft ersichtlich unmöglich gemacht worden waren, entschlossen sich die bolschewistischen Brandstifter in Valencia den Kontrollschiffen nunmehr

mit Unterseebooten zu Leide zu gehen. Sie haben diesen neuen Feldzug auch unerschämte offen angekündigt.

Am 15. und am 18. Juni erfolgten nun mindestens vier klar und eindeutig festgestellte rote Unterseebootangriffe auf den Kreuzer „Leipzig“. Und dies trotz der internationalen Seckontrolle! Nur durch einen glücklichen Zufall oder durch die schlechte Schießübung der roten Piraten sind die abgefeuerten Torpedos an dem Kreuzer vorbeigegangen. Dieser selbst hatte beim letzten Angriff einen Zusammenstoß mit dem roten Unterseeboot. Ein Zweifel an der Richtigkeit dieser Feststellungen kann von keiner Seite erhoben werden, es sei denn, man wollte den einzig gültigen Beweis für einen solchen Angriff nur in der gelungenen Vernichtung eines der Kontrollschiffe sehen. Nun ist es klar, daß dieses Mal vielleicht nur durch ein Wunder eine Katastrophe vermieden worden ist, die noch unendlich viel schlimmer hätte ausgehen können als der Angriff auf die Schiffe von Palma oder der auf die „Deutschland“ von Ibiza.

Denn es ist eine wahrhaft teuflische Idee, die im Dienste der internationalen Seckontrolle stehenden Schiffe nach der Erkennung oder Unmöglichkeit weiterer Luftangriffe nunmehr durch U-Boote torpedieren und dadurch wenn möglich ganz vernichten zu lassen. Ein besonders unglücklicher Schuß auf die „Leipzig“ hätte dann dieses Mal nicht 31, sondern 600 oder mehr Menschen den Tod bringen können. Und zwar lauter Kämpfern, die nichts taten als ihre Pflicht im Dienste der internationalen Aufgabe zu erfüllen!

6. Entsprechend der erst am 12. Juni getroffenen Vereinbarungen hat die Reichsregierung diese neuen roten spanischen Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“ nunmehr unverzüglich den drei anderen an der Seckontrolle beteiligten Mächten notifiziert und sie um eine sofortige Entscheidung über die vorgesehenen gemeinsamen Gegenmaßnahmen ersucht. Tatsächlich sind auch die Beratungen darüber zwischen den einzelnen Mächten in London unverzüglich aufgenommen worden.

Deutschland hat bei diesen Beratungen zunächst den Vorschlag gemacht, eine Wiederholung derartigen insofern und bedrohlicher Angriffe auf die Kontrollschiffe vonseiten der Valencia-Machthaber in Zukunft einfach dadurch zu unterbinden, daß deren U-Boote in einem noch zu bestimmenden Hafen interniert würden. Ferner wurde von deutscher Seite vorgeschlagen, als direkte Antwort auf den neuen Angriff eine sofortige gemeinsame Flottendemonstration vor Valencia durchzuführen und an die roten Machthaber in Valencia eine Warnung zu richten, daß von nun an jeder weitere Angriff auf Organe der internationalen Seckontrolle sofortige schärfste Gegenmaßnahmen der vier beteiligten Kontrollmächte zur Folge haben würde.

7. Während alle diese deutschen Vorschläge sofortige und entschlossene Unterstützung des italienischen Vertreters fanden, wurden von englischer und französischer Seite Einwendungen dagegen erhoben. Der englische und französische Vertreter erklärten, daß der von der deutschen Regierung angegebene Sachverhalt von der roten Regierung in Valencia in Abrede gestellt würde und daß deshalb zunächst eine Untersuchung des Tatbestandes stattfinden müßte und daß darnach erst die Frage entschieden werden könne, ob und welche Maßnahmen getroffen würden. Das heißt mit anderen Worten: der Kontrollausshuh legt trotz aller anders lautenden Erklärungen durch die Untersuchung die Richtigkeit der Angaben einer am Kontrollausshuh beteiligten Macht deren Behauptungen in Zweifel und macht sich damit von vornherein die Argumente des roten Angreifers zu eigen! Denn: die Absicht, alle weiteren Schritte erst von einer internationalen Untersuchung abhängig zu machen, steht zu der Vereinbarung vom 12. Juni in trassstem Widerspruch.

8. Ein solches Verfahren könnte unter den gegebenen Umständen nur eine Folge haben, nämlich: die roten Piraten zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen Anschläge zu ermutigen! Denn der Sachverhalt an sich ist durch die Meldung des Kommandanten eindeutig und klar festgestellt.

Er wird verbürgt durch die deutsche Marinebehörde und damit durch die deutsche Reichsregierung. Darüberhinaus kann durch die von Deutschland zugewiesene nachträgliche Untersuchung noch die Richtigkeit dieser Angaben bestätigt werden. Allein wegen des bloßen Dementis der bolschewistischen Machthaber in Valencia, die sich nicht ohne Grund nach dem Luftangriff auf Ibiza unter die See zurückgezogen hatten, irgend einen Zweifel an der Richtigkeit des Tatbestandes aufkommen zu lassen, ist für die deutsche Reichsregierung unerträglich. Denn die verlogene Ablehnung war nicht nur zu erwarten, sie war geradezu selbstverständlich. Die Durchführung einer solchen internationalen Untersuchung oder würde im roten Spanien praktisch vollkommen unmöglich sein und außerdem, wie sich aus den Prozeduren gewisser anderer Körperkassen, z. B. des Völkerbundes, in analogen Fällen ergeben hat, eine so lange Zeit in Anspruch nehmen, daß unter solchen Umständen ein weiteres Zusammenwirken der Mächte nicht nur illusorisch würde, sondern in den Augen der



bolschewistischen Wächter geradezu den Charakter des Väterlichen erhalten müßte.

Um aber der Neugier für die Herbeiführung einer Einigung zu tun, hat die deutsche Reichsregierung im Verlaufe der Londoner Beratungen ihre ursprünglichen Vorschläge herabgemindert, daß sie nicht nur auf jede praktische Vergeltung, sondern auch auf die Internierung der tospanischen U-Boote verzichtete und nurmehr die sofortige gemeinsame Flottenkündigung und Verwarnung der roten Wächter forderte.

8. Aber auch diese soweit abgeänderten Vorschläge sind von englischer und französischer Seite abgelehnt worden. Unter diesen Umständen blieb den Vertretern der vier Mächte nichts anderes übrig, als festzustellen, daß die Versuche einer gemeinsamen Einigung als mißlungen anzusehen seien. Denn es ist klar, daß unter solchen Umständen die Abmachungen des 12. Juni nicht sinnlos, sondern geradezu schädlich sind. Denn die neuartige Auslegung, die diese Vereinbarung nunmehr gefunden hat, würde nur bedeuten, daß in Zukunft bei jedem neuen tospanischen Angriff erst eine nicht zu monatelang dauernde, sondern im Ergebnis auch gänzlich aussichtslose Untersuchung stattfinden müßte.

Unter solchen Voraussetzungen ist aber auch eine deutsche Kontrolle unmöglich und die Beteiligung daran für eine Last von Ehrgefühl und Verantwortungsbewußtsein unerträglich. Denn wenn die kontrollierenden Mächte nicht den unbedingten Schutz und Beistand aller Kontrollmächte genießen und wenn vor allem unter den Kontrollmächten selbst nicht das Vertrauen in die Wahrhaftigkeit gegebener Angaben herrscht, ist es zweckmäßiger für die einzelnen Mächte, den Schutz ihrer Interessen so wahrzunehmen, wie dies normal auch der Fall zu sein pflegt.

Die deutsche Regierung hat sich daher entschlossen, an der internationalen Kontrolle nicht mehr teilzunehmen und von jetzt ab endgültig den Schutz ihrer Interessen und damit ihrer Schiffe vor den bolschewistischen Brandstiftern in Valencia selbst und mit jeden Mitteln wahrzunehmen, die allein geeignet sind, diese Verbrecher vor ähnlichen Anschlägen zurückzuhalten. Es erfüllt die deutsche Reichsregierung dabei mit tiefster Befriedigung festzustellen, daß sich diese ihre Auffassungen vollkommen decken mit den Auffassungen der italienischen Regierung wie sie überhaupt auch in diesem Falle wieder in dankenswerter Weise jene praktische Zusammenarbeit der beiden Länder ergeben hat, die im Dienste der Kriegserhaltung geordneter Zustände in Europa und damit im Dienst des Friedens notwendig ist.

Die italienische Erklärung

Rom, 23. Juni. Nach einer von der Agencia Stefani ausgegebenen amtlichen Mitteilung hat sich die italienische Regierung endgültig vom Kontrollschema zurückgezogen. Die entsprechende Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem die italienische Regierung infolge des Verlaufes der mehrfachen Besprechungen, die in London zwischen den Vertretern der vier Mächte stattgefunden haben, das Fehlen der notwendigen Solidarität für ein gemeinsames Vorgehen betr. der bekannten Zwischenfälle festgestellt hat, die sich an der internationalen Kontrollaktion ereignet haben, hat sie dem italienischen Botschafter Grandi Mitteilung gegeben, dem Richtemittlungsanspruch mitzuteilen, daß Italien sich endgültig vom Kontrollsystem zurückzieht.“

Der gleiche Beschluß ist von der Reichsregierung gefaßt worden.

Ein Akt der Solidarität

gegenüber dem besetzten Deutschland

Rom, 23. Juni. Der Entschluß Deutschlands und Italiens, sich endgültig aus dem spanischen Kontrollsystem zurückzuziehen, ist nach dem hauptamtlichen „Giornale d'Italia“ eine logische und notwendige Folge des negativen Ausganges der Londoner Viererbesprechungen, mit dem die Kontrollüberwindung vom 12. Juni schon bei der ersten Probe gescheitert ist. „Alle europäischen guten Glaubens“, so führt der Direktor des „Giornale d'Italia“ unter der Überschrift „Ein gerechter Entschluß“ aus, „kann dieses Scheitern nur bedauern. Man steht vor einer englisch-französischen Front gegen die italienisch-deutsche Politik der Klarheit und Verantwortlichkeit. Angesichts dieser Spaltung blieb Rom und Berlin nichts anderes übrig, als die Zurückziehung aus dem Kontrollsystem zu erklären.“

Der Beschluß Italiens sei eine würdige und notwendige Antwort auf die sowjetspanische Seeräuberei. Er zeige die entschlossene Tatkraft, die eine Großmacht gegenüber den Gefahren und Zweideutigkeiten, die man um Spanien und Europa schaffen wolle, haben müsse. Deshalb sei es auch eine neue verantwortliche Maßnahme zum Schutze der Güter Europas und ein Akt der Solidarität, die Italien dem besetzten Deutschland bei der ihm angetanen unbestraften Beleidigung zum Ausdruck bringen wolle.

Banzerschiff „Admiral Graf Spee“ nach Spanien ausgelaufen

Berlin, 23. Juni. Das Banzerschiff „Admiral Graf Spee“ ist Mittwochabend zur Wahrnehmung deutscher Interessen nach Spanien ausgelaufen.

Die Schuld Englands und Frankreichs

Italienische Stimmen zu den Londoner Quartierbesuchen. Rom, 23. Juni. Zur Zurückziehung der deutschen und italienischen Regierung vom internationalen Kontrollsystem erklärt „Tribuna“ u. a., die Torpedos der Bolschewisten hätten ihr wahres Ziel, das nicht in spanischen Gewässern sondern in London

Sitzung des Reichskabinetts — Polizeibeamtengesetz verabschiedet

Berlin, 23. Juni. In der Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring stattfand, wurde der Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches weiter beraten. Im Anschluß hieran wurde das Polizeibeamtengesetz verabschiedet, durch welches das Beamtenrecht für die Polizei entsprechend der einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben und der einheitlichen Leitung aller Polizeianglegenheiten für das ganze Reich neu geregelt wird. Nächste Kabinettsitzung findet erst wieder nach der Sommerpause statt.

Das neue deutsche Polizeibeamtengesetz

Das vom Reichskabinett verabschiedete deutsche Polizeibeamtengesetz stellt für eine besonders große und wichtige Beamtengruppe die Rechts einheit für das gesamte Reichsgebiet her. Das Gesetz tritt gleichfalls mit dem Deutschen Beamtengesetz am 1. Juli 1937 in Kraft. Es gilt für die Polizeivollzugsbeamten des Reiches und der Gemeinden, also nicht für Polizeiverwaltungsbeamte, Polizeiverwaltungsbeamte der Länder gibt es seit dem 1. April dieses Jahres nicht mehr, da diese Reichsbeamte geworden sind. Zu den Polizeivollzugsbeamten gehören die Volksgenossen der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei des Reiches und der Gemeinden, der Gendarmen und der Geheimen Staatspolizei sowie sonstige Polizeivollzugsbeamte der Sicherheitspolizei. Die bisherigen Polizeibeamtengesetze der Länder sind durch das Deutsche Beamtengesetz aufgehoben worden.

Grundsätzlich gilt auch für Polizeivollzugsbeamte das Deutsche Beamtengesetz. Das Polizeibeamtengesetz bringt lediglich gewisse zusätzliche Vorschriften und einige Sonderbestimmungen, die ihre Grundlage in den Besonderheiten der Polizei und des Polizeidienstes haben. Für Polizeivollzugsbeamten der Gemeinden gelten überdies die für Gemeindebeamten bestehenden reichsrechtlichen Vorschriften.

Der Polizeivollzugsbeamte tritt grundsätzlich bei der Schulpolizei ein und findet im Laufe der Jahre entweder dort oder in einem anderen Dienstzweig der Polizei des Reiches oder der Gemeinden (Gendarmen, Kriminalpolizei, Geheimen Staatspolizei, Gemeindevollzugspolizei, Polizeiverwaltungsdienst) eine Veranlassung. Gegenüber anderen Beamten bringt das Gesetz für Polizeivollzugsbeamte insofern gewisse Einschränkungen in den persönlichen Verhältnissen, als jüngere Polizeivollzugsbeamte verpflichtet werden können, ein Kasernenquartier zu beziehen, und die Erlaubnis zur Eheschließung den Polizeivollzugsbeamten vorgeschrieben werden kann. Im Gesetz wird die Verpflichtung, die Erlaubnis zur Eheschließung einzuholen, für die in Kasernen wohnenden Wachtmeister eingeführt werden.

Grundsätzlich werden die Polizeivollzugsbeamten als Beamte auf Widerruf eingestellt. Während sonstige Beamte auf Widerruf jederzeit entlassen werden können, darf bei einem Polizeivollzugsbeamten von dem Recht des Widerrufs nur aus Gründen, die im Gesetz einzeln aufgeführt sind, Gebrauch gemacht werden.

lag, getroffen. Der französisch-englische Vorschlag einer Untersuchung sei beleidigend für Deutschland und unannehmbar, und er stehe überhaupt in Widerspruch zum Wesen des Kontrollauschlusses, wo jeder bei dem anderen ein Mindestmaß von gutem Glauben voraussetzen müsse. Das Blatt weist unter Betonung des deutschen Friedenswillens darauf hin, daß sich Berlin mit einer Demonstration begnügt habe. „Wäre Deutschland von anderen Gefährten befreit gewesen, so hätte es den Anschlag in ganz anderer Weise beantwortet.“ Die „Tribuna“ stellt abschließend fest, daß man in London den Zwischenfall ganz einfach „begegnen“ wollte.

Auch „Lavoro Fascista“ hebt u. a. hervor, daß die Haltung Deutschlands, unangenehm in dem Schutz seiner Ehre und der Sicherheit seiner Schiffe, bis zur äußersten Grenze des Möglichen verächtlich gewesen ist. Wenn jetzt englische Zeitungen davon sprechen sollten, daß die Verhandlungen nicht möglich seien, sofern jeder einzelne Teilnehmer auf seinen Positionen beharrt, so müsse erklärt werden, daß diese Anklage gegen Deutschland nicht erhoben werden kann. Die ursprüngliche Forderung, daß die bolschewistisch-spanischen U-Boote aus den spanischen Gewässern zurückgenommen werden, ist von Deutschland aufgegeben worden, das sich nur noch auf die Forderung einer Flotten-demonstration aller vier Großmächte beschränkte. Als Gegenleistung für diese verächtliche Haltung, die Deutschland im vollen Umfange mit Italien zeigte, sei aber von England und Frankreich nichts angeboten worden. Es sei daher auch vollkommen sinnlos, wenn heute englische und französische Zeitungen die Verantwortlichkeiten verschieben wollten, die völlig klar lägen. Deutschland, führt das Blatt fort, werde niemals zulassen, daß seine Schiffe und seine Schiffe von bolschewistischen Piraten überfallen werden, um sich dann mit einer papiernen „Genugtuung“, der Verurteilung von Roten, zu begnügen.

Italiens Haltung nach dem Austritt aus dem Kontrollschema

Rom, 24. Juni. Nach der Stellungnahme Deutschlands und Italiens zu der Kontrollfrage wird in unterrichteten italienischen Kreisen grundsätzlich betont, daß der Beschluß der beiden Länder lediglich ihre Zurückziehung aus dem Kontrollschema betrifft, und daß es geradezu unlogisch wäre, wenn sich damit Italien auch aus dem westlichen Mittelmeer zurückziehen würde, wo es besondere Interessen zu vertreten habe. Italien fühle sich daher auch in keiner Weise verpflichtet, nach seinem Austritt aus dem Kontrollschema seine Schiffe, die bisher mit der Durchführung der Kontrolle beauftragt waren, zurückzurufen. Bei etwaigen neuen Angriffen werde Italien von Fall zu Fall die entsprechenden Gegenmaßnahmen ergreifen. Italien sei, wie in den gleichen unterrichteten Kreisen erklärt wird, weiterhin zur Fortsetzung einer für alle Unterzeichnerstaaten geltenden Richtemittlungs politik bereit unter der Voraussetzung, daß die anderen Staaten diese Politik ebenfalls einhalten.

Nach dem Deutschen Beamtengesetz kann beim Vorhandensein einer freien Stelle Beamter auf Lebenszeit werden, wer die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden und das 27. Lebensjahr vollendet hat. Für Polizeioffiziere und Kriminalbeamte der Kommissarlaufbahn gilt dieselbe Vorschrift. Der Wachtmeister der Schutzpolizei und der Gendarmen sowie für Kriminalassistenten ist entsprechend dem bisherigen Polizeibeamtenrecht der Länder an Stelle der Vollendung des 27. Lebensjahres die Ableistung einer zwölfjährigen Polizeidienstzeit vorgeschrieben, auf die die Wehrdienstzeit anzurechnen ist. Die letzte Vorschrift ist erlassen worden, um eine gewisse Gleichstellung mit den aus der Wehrmacht ausscheidenden und in das Beamtenverhältnis übertretenden Versorgungswärtern zu erzielen.

Während für die Beamten im allgemeinen als Altersgrenze das 65. Jahr festgesetzt ist, gelten für Polizeivollzugsbeamte mit Rücksicht auf den bei Tag und Nacht, bei Wind und Wetter zu leistenden aufreibenden Dienst niedrigere Altersgrenzen. Sie sind festgesetzt für Polizeioffiziere, Polizeioberleutnants, und Polizeihauptleute des Reiches auf das 51., für Polizeioberleutnants des Reiches auf 53. und für Polizeioffiziere höherer Dienstgrade des Reiches auf das 56., für Polizeioffiziere der Gemeinden und für alle übrigen Polizeivollzugsbeamten des Reiches und der Gemeinden auf das 60. Lebensjahr. Der Uebertritt in den Ruhestand geschieht jeweils am dem folgenden 1. April oder 1. Oktober.

Eine Neuerung ist die, daß Polizeivollzugsbeamte des Reiches in Stellen von Polizeivollzugsbeamten der Gemeinden und umgekehrt versetzt werden können. Außerdem können Polizeivollzugsbeamte der Gemeinde in eine andere versetzt werden. Vor der Versetzung sind die beteiligten Beamten zu hören.

Für die vor dem 15. Juli 1926 eingetretenen künftigen Polizeiwachtmeister, deren Rechtsverhältnisse sich nach dem Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder und den auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften der Länder richten, gelten mit einigen Ausnahmen grundsätzlich die bisherigen Bestimmungen weiter. Sie haben mit Vollendung des 12. Dienstjahres oder, soweit das 12. Dienstjahr bereits vollendet haben, am 31. Oktober 1937 aus dem Dienste auszuscheiden, sofern sie nicht ihre Uebernahme ins Beamtenverhältnis nach dem neuen Gesetz beantragen und übernommen werden. Mit Ablauf des Monats Juli 1938 wird es also derartige Beamte nicht mehr geben. Die Abmachungen, die in einzelnen Ländern die Polizeivollzugsbeamten entweder mit Vollendung des 60. Lebensjahres oder beim Eintritt in den Ruhestand nach Vollendung des 60. Lebensjahres erhielten, fallen mit dem 1. April 1940 ganz weg. Bis zu diesem Termin wird bis zum 1. April 1938 das Fünftache, bis zum 1. April 1939 das Dreifache und bis zum 1. April 1940 das Einfache der Dienstbezüge des letzten Monats gezahlt. Die Abfindungen, die nach bisherigem Recht gezahlt wurden, lassen sich mit Rücksicht darauf, daß auch bei anderen Beamtengruppen die Altersgrenze ohne Gewährung einer Abfindung herabgesetzt worden ist, nicht mehr aufrechterhalten. Schließlich sei noch erwähnt, daß eine Kapitalisierung von Versorgungsgebühren der Ruhegehaltsempfänger und ihrer Hinterbliebenen nicht mehr statt findet. Anträge nicht schon gestellt sind.

Ausländische Gäste beim Führer

Berlin, 23. Juni. Der Führer empfing am Dienstagmorgen in Gegenwart des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley die ausländischen Ehrengäste und Trachtengruppen, die an der Hamburger Reichstagung der NSD „Kraft durch Freude“ teilgenommen haben und jetzt in ihre Heimat zurückkehren. Erz. Louvaris-Athen verband mit seinem im Namen der ausländischen Gäste ausgesprochenen Dank für den Empfang beim Führer und die Aufnahme in Hamburg aufrichtige Wünsche für das neue Deutschland. Der Führer betonte in einer Ansprache die Notwendigkeit, die schaffenden Menschen an allen kulturellen Gütern der Nation teilhaben zu lassen und sowohl ihre Arbeit als auch ihre Freizeit mit Freude zu erfüllen. Im Anschluß daran ließ sich der Führer von Dr. Ley die einzelnen Gäste vorstellen.

Mailänder Scala beim Führer

Berlin, 23. Juni. Im Anschluß an die Aufführung von Verdi „Aida“ im Deutschen Opernhaus empfing der Führer in seiner Loge die Solisten der Mailänder Scala, die an den drei Gastspielvorstellungen mitgewirkt hatten. Die Künstler wurden dem Führer einzeln vom Generaldirektor der italienischen Theater im italienischen Ministerium für Volkskultur de Pirro vorgestellt. Der Führer sprach den Künstlern und sämtlichen inzwischen im Foyer versammelten Mitgliedern der Mailänder Scala seine höchste Anerkennung für die unvergleichlichen Leistungen aus und beglückwünschte sie herzlich zu ihrem großen Erfolg in Deutschland. Er betonte, daß die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden befreundeten Nationen durch das Mailänder Scala-Gastspiel in besonderem Maße gefördert worden sei und daß die Veranstaltungen in München und Berlin zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Völker in besonders eindrucksvoller und schöner Weise beigetragen hätten.

Palästina soll aufgeteilt werden

Errichtung eines jüdischen und arabischen Staates. London, 23. Juni. Der nunmehr dem König unterbreitete Bericht der britischen Palästina-Kommission enthält, wie schon vielfach vermutet worden war, den Vorschlag, Palästina in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabischen aufzuteilen.

Der Ausbruch ist der Ansicht, daß durch ein solches Verfahren das Problem der politischen und Rassenangelegenheiten zwischen Juden und Arabern in Palästina am besten gelöst werden könne. Einzelheiten über die Aufteilung des Gebietes sind noch nicht bekannt. Inmitten will der „Daily Telegraph“ wissen, daß der jüdische Staat an das Mittelmeer angrenzen soll, während der arabische sich im Innern des Landes befinden werde. Die beiden Staatsgebiete würden etwa dieselbe Größe haben. Der arabische Teil solle durch „Korridore“ einen Zugang zu den Häfen von Haifa und Jaffa erhalten. Der Bericht wird voraussichtlich Anfang Juli veröffentlicht werden.

Neues holländisches Kabinett

drei drei Konfessionsparteien

Den Haag, 23. Juni. Nach mehrwöchigen Verhandlungen hat der nach den Wahlen zurückgetretene Ministerpräsident Dr. Colijn die neue holländische Regierung gebildet. Es handelt sich um ein Kabinett der drei konfessionellen Parteien Hollands. Dr. Colijn (antirevolutionär) übernimmt außer dem Vorkopf im Ministerrat auch das neu geschaffene Ministerium für allgemeine Angelegenheiten und vorläufig auch das Außenministerium. Das Innenministerium übernimmt van Boeijsen (christlich-historisch); Finanzministerium de Welde (antirevolutionär), bisher Innenminister; Wasserwege und Berche Dr. van Buren (nicht parteimäßig gebunden); Sozialministerium Professor Koume (römisch-katholische Staatspartei); Wirtschaftsministerium Mr. Steenberghe (römisch-katholische Staatspartei); Verteidigungsministerium van Dijk (antirevolutionär); Unterrichtsministerium wie bisher Spoetmaats de Bruijne (christlich-historisch); Justizministerium Dr. Geveling (römisch-katholische Staatspartei); Kolonialministerium Dr. Welter (römisch-katholische Staatspartei), 1925-1926 Kolonialminister.

Wie aus der Zusammenfassung dieser Regierung hervorgeht, hat Dr. Colijn seinen ursprünglichen Plan, eine Regierung unter Hinzuziehung der Liberalen und Demokraten zu bilden, fallen gelassen und dem Wunsch der römisch-katholischen Staatspartei, die eine sogenannte konfessionelle Rechtsregierung verlangte, nachgegeben.

4000 Mann zu den Nationalen übergegangen

Salamanca, 23. Juni. Wie der nationale Heeresbericht am Dienstag von der Front von Biscaya meldet, geht der Vorkampf der nationalen Truppen ohne große Schwierigkeiten weiter. Sie haben die Orte Vejareto, Casa de Albaraleto, Baracaldo, Cesnao, Portugalete, La Escameilla und Ortuella besetzt. In Baracaldo haben sich zwei Bataillone holländischer Miliz und im Gebiet zwischen Portugalete und Cesnao zwei weitere Bataillone ergeben. In den übrigen Frontabschnitten haben sich 1200 Milizangehörige ergeben, sodas am Dienstag insgesamt über 4000 Mann mit Offizieren, Waffen und Kriegsmaterial zu den Nationalen übergegangen sind. Ueber 14 Millionen Patronen wurden in diesen Tagen dem Gegner abgenommen. Eine Munitionswerkstätte, die für die Volkswaffen arbeitete, wurde von nationalen Truppen besetzt. Sie führt die Arbeit für die Nationalarmee fort.

Reichsleiter Dr. Ley spricht

Das Reichsbetriebsgemeinschaft Nahrung und Genuss veranstaltet am 25. Juni, morgens 7.30 Uhr, einen Reichsbetriebsappell, der von dem Betrieb der Firma August Deter, Bielefeld über die deutschen Sender übertragen wird. Dabei spricht Reichsorganisationsleiter Dr. Ley zu allen Schaffenden der deutschen Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Für die Betriebe des Gaues Württemberg, Hohenzollern ist es eine Ehrenpflicht und Selbstverständlichkeit, diesen Reichsbetriebsappell geschlossen mit der gesamten Belegschaft anzuhören und ihm durch Beteiligung oder durch Einsenden der Wertpapiere einen feierlichen Rahmen zu geben.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Besuch des Reichsverkehrsministers in Schweden. Am Dienstagmittag traf Reichsverkehrsminister Dr. Dörpmüller, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, als Gast des Generaldirektors der schwedischen Staatsbahn Tranholm zu einem einwöchigen Besuch ein.

Kommunistische Heher in Budapest verhaftet. Die Budapest-Politische Polizei nahm am Dienstag zehn kommunistische Heher in Haft, die in einer Budapest-Wohnung Zusammenkünfte und agitatorische Ausbildungskurse abhielten. Die Heher sind natürlich zum größten Teil Juden.

Konjervative Niederlage bei einer Nachwahl. Bei einer Unterhausnachwahl in Cheltenham (England) wurde überraschenderweise der konjervative Regierungskandidat durch einen unabhängigen Kandidaten mit der knappen Mehrheit von 399 Stimmen geschlagen. Bei den letzten Neuwahlen war ein konjervativer Vertreter mit einer Mehrheit von 10 000 Stimmen über den Labourkandidaten gewählt worden.

Zwölf Tote bei Streikunruhen. Die Streikunruhen in Trinidad haben nach Meldungen aus Port of Spain einen beunruhigenden Umfang angenommen. Am Dienstag kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen zwischen den streikenden Eingeborenen und der Polizei, bei denen vier weitere Streikende getötet wurden. Vier verwundet wurden. Die gesamten Verluste belaufen sich bis zur Stunde auf zwölf Tote und 24 Schwerverletzte. Die Lage wird von den britischen Behörden als so ernst angesehen, daß am Dienstagmittag 150 Marineoldalen und Matrosen von dem englischen Kriegsschiff „Hax“ gelandet wurden.

Brandkatastrophe in der Slowakei. Am Dienstag brach in der Gemeinde Model bei Kremnic in der Slowakei ein Feuer aus, das binnen kurzer Zeit katastrophale Ausmaße annahm. 60 Anwesen mit den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden und Stallungen fielen dem Feuer zum Opfer. Als der Brand ausbrach, befanden sich die meisten Bewohner bei der Feldarbeit. Eine Frau und zwei Kinder fanden in den Flammen den Tod.

Nach 13 Jahren gefolgt. Am 13. März 1924 wurde der Oberlandjäger Gustav Günther auf der Straße zwischen Schwanau und Rammensdorf durch zwei Kopfschüsse ermordet. Anfangs dieses Jahres tauchte der Verdacht auf, daß der 43 Jahre alte Wilhelm Waffe und der 45jährige Paul Hirsch den Oberlandjäger erschossen hätten. Beide wurden verhaftet und legten dann getrennt voneinander Teilgeständnisse ab. Von dem Breslauer Schwurgericht wurde Waffe wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, Hirsch wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus Stadt und Land

Utensteig, den 24. Juni 1937.

Amtesliches. Ernannet wurde der Bürgermeister Georg Reim in Poffenau, Kr. Neuenbürg, zum hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Wendlingen, Kreis Eßlingen; der Landwirt Hermann Stöckinger in Schönbrunn, Kr. Nagold, zum ehrenamtlichen Bürgermeister dieser Gemeinde; der Bürgermeister Karl Rüdler in Langenbrand, Kr. Neuenbürg, zum hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Deckenspönn, Kr. Calw.

Gewährung von Sonderurlaub zur Teilnahme am Gautag der NSDAP. Am 25.-27. Juni 1937. Nach einem Erlass des Reichsstatthalters fann den Beamten, Angestellten und Arbeitern im Landesdienst und im Dienst der Körperschaften des öffentlichen Rechts, die auf Veranlassung ihrer politischen Organisation an dem Gautag teilnehmen, auf Antrag der erforderliche Urlaub mit Fortbezahlung der Bezüge und ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub gewährt werden.

Musterung zum SS-Totenopferband. Am Freitag, den 25. 6. 1937, findet um 20.30 Uhr im Haus der Jugend in Calw die Musterung der Freiwilligen zum SS-Totenopferband statt. Die Freiwilligen müssen mindestens 16 Jahre alt und mindestens 1,72 Meter groß sein. Die Dienstzeit beträgt nach einer Probezeit von drei Monaten 6 Jahre. Nach diesen 6 Jahren kann der SS-Mann in den Polizeidienst übernommen werden, oder fann weiter dienen, und nach 14jähriger Dienstzeit in die mittlere Beamtenlaufbahn übergehen. Will er ausscheiden, so erhält er nach 6jähriger Dienstzeit eine Abfertigung von 2500 RM. Außerdem kann jeder gesunde und geistig fähige Freiwillige die Führerlaufbahn beschreiten. Die Vöhung im ersten Dienstjahr beträgt monatlich 60 RM.

Leichterte Zulassung zum mittleren Postdienst. Die Deutsche Reichspost hat für die Laufbahn des gehobenen mittleren Postdienstes bisher nur Bewerber mit dem Reifezeugnis (Abitur) eingestellt. Das Reichspostministerium hat sich nun entschlossen, nun jezt ab Bewerber zuzulassen, die mindestens das Reifezeugnis für die Obersekunda einer öffentlichen höheren Lehranstalt besitzen, d. h. die Untersekunda mit Erfolg durchlaufen haben. Durch diese Neuordnung wird tüchtigen Kräften, die wegen Mittellosigkeit der Eltern oder aus anderen schwerwiegenden Gründen nicht bis zum Abitur die Schule besuchen können, der Weg für die gehobene mittlere Postlaufbahn freigegeben. Die zuzulassenden Bewerber sollen bei ihrer Annahme das 18. Lebensjahr vollendet, aber das 20. Lebensjahr nicht überschritten haben; für Bewerber, die ihrer Arbeits- und Militärdienstpflicht bereits genügt haben, wird die Höchstaltersgrenze auf 23 Jahre festgelegt. Bewerber, die das Mindestalter von 16 Jahren noch nicht erreicht haben, können schon vorher zur Beschäftigung zugelassen werden. Alle Bewerber müssen der HJ, der SA, der SS, dem NSKK, dem NSFK, oder der NSDAP angehören. Einstellungsgesuche sind an die Reichspostdirektion zu richten, in deren Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat. Sie können nur in Betracht gezogen werden, wenn sie bis zum 1. August 1937 vorliegen.

Nagold, 23. Juni. (Bürgerversammlung.) Die Bürgerversammlung im „Löwenaal“ war sehr gut besucht. Ortsgruppenleiter Kallisch eröffnete die Versammlung mit Grußworten auch im Auftrag von Kreisleiter Wurster. Besonderen Gruß entbot er dem nunmehrigen Kreisleiter von Horb, Philipp Bogner NSD, und Landrat Dr. Lauffer, dann verlas er einen Aufruf des Kreisleiters des neuen Großkreises, der an die Parteigenossen gerichtet war. Eingangs seines Rechenschaftsberichtes sprach Bürgermeister Raier eingehend über die richtungweisende Deutsche Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935 und die grundlegenden Änderungen gegenüber früher und kam dann zum Haushaltsplan. Für heute sei als vorwiegend herausgestellt: die vermehrte Schuldenentlastung und die Rücklagenbildung nach der Reichsverordnung vom 5. Mai 1936. Ueber den Schuldenstand ist folgendes zu sagen: Er beträgt auf 31. März 1937 — 365 000 RM., der in der Hauptsache von den Flurbauten, einigen Wegbauten und vom Wohnungsbau herrührt. Wir müssen deshalb die Tilgungszeit für die städtischen Schulden kürzen und die Tilgungsraten erhöhen. Nach dem neuen Tilgungsplan müssen die städtischen Schulden in spätestens 15 Jahren getilgt sein. Die Rücklagenbildung nach der Verordnung vom 5. Mai 1936 ist eine Schöpfung des Reiches und beruht auf der Idee, die Schwankungen in den Einnahmeständen für Krisenzeiten auszugleichen und das Schuldenmachen einzuschränken. Erneuerungs- und Erweiterungsrücklagen sind bereits geschaffen für die Drehmaschinenerneuerung 2000 RM., für die Verbesserung der Straßenbeleuchtung 2000 RM. Der Abschluß des Rechnungsjahres 1936 bringt nach vorläufiger Berechnung einen kleinen Ueberschuß von 6000 RM., der in erster Linie zur erwähnten Rücklagenbildung im neuen Jahr beitragen hat. An außerordentlichen Ausgaben sind eingestellt für die Kanalverbesserung II 4. Bauart 10 000 RM., für den Schulhausneubau 10 000 RM., für ein HJ-Heim und Ausgestaltung des Platzes vor der Milchmolkerei 5000 RM., Eiterstraße der Reichsstraße Nr. 28 erste Rate 5000 RM., für den Sportplatz 4000 RM. Die Gewerbesteuer ist heute erstmals bereits nach dem ab 1. April 1937 in Kraft getretenen Reichsgewerbesteuergesetz zu erhöhen. Dabei sind Einkommen bzw. Gewerbeerträge bis zu 1200 RM. künftig frei. Daburh werden in Nagold 170 Kleinbetriebe (beinahe die Hälfte aller Betriebe) gewerbesteuerfrei. Der Steuerbetrag vom Gewerbesteuerbeitrag beträgt 2 v. T., Gewerbelapitale unter 3000 RM. sind ebenfalls steuerfrei. Da die Gemeindesteuer aber aufgebracht werden muß, müssen die übrig bleibenden Gewerbesteuerpflichtigen den Ausfall decken. Der Stadtwald ist und bleibt das Rückgrat der städtischen Finanzen. Bei Zugrundelegung der normalen Jahresnutzung von 5000 Festmeter beträgt der Reinertrag 40 000 RM., während er vor dem Kriege 75 000 RM. war. Einen breiten Rahmen nehmen die Kapitel: Baupolizei — Reinheit und Schönheit des Landschaftsbildes — Fremdenverkehr — Schulwesen und Fürsorgewesen ein. Anschließend unterstrich Kreisleiter Bogner er die mit großem Interesse vorzunehmenden Ausführungen des Stadtoberhauptes, ihm, den Ratsherren und Beigeordneten für ihre Tätigkeit Dank sagend, ferner dankte er Landrat Dr. Lauffer, der den Belangen der Stadt immer volles Verständnis entgegenbrachte und die Einmütigkeit zwischen Partei und Staat stets festigte. Dann verbreitete er sich noch über die Notwendigkeit der Kreisversammlung und appellierte an Verständnis und guten Willen der Bürgerschaft zur Gestaltung einer uns befriedigenden Zukunft.

Beisenfeld, 23. Juni. (Ein Kurverein wurde gegründet.) ein Waldstück für die Anlage eines Parkwaldes gekauft. Im Luftkurwesen und im Ausbau des Kurbetriebs ist man hier wieder einen beachtlichen Schritt weitergekom-

men. Im Monat März d. J. wurde endgültig ein Kurverein gegründet, zum Vorsitzenden Bürgermeister Müller, und zum Geschäftsführer Regierungsrat a. D. Hellparth bestimmt. Ferner wird eine Kurkarte von 10 J eingeführt, um die Mittel zur Durchführung aller gestellten Aufgaben zu bekommen. Das Waldstück zur Anlage eines Kurgartens im „Mühlwäldle“ ist durch die Gemeinde bereits erworben worden, so daß, wenn wieder ein Jahr um ist, Beisenfeld bereits im Besitz eines reizend gelegenen Kurgartens sein sein. Die Frage des Freischwimmbades wird inzwischen ebenfalls weitere Fortschritte gemacht haben.

Wildbad, 22. Juni. (Preischießen.) Die Schützengruppe der Kriegerkameradschaft Wildbad veranstaltete am 19. u. 20. Juni im Schießhaus im Rennbachthal ihr 9. Preis-schießen. Geschossen wurde am Samstag von 15 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit und am Sonntag von 7 bis 18 Uhr. Den Wanderpreis im Gruppenschießen gewann wieder der vorjährige Sieger, Büchenbrunn, mit 360 Ringen. Der beste Schütze im Einzelschießen mit der Kleinfalibüchse war Karl Eberhardt-Wildbad mit 59 Ringen; 2. Wilh. Frey-Engtal mit 58 Ringen.

Calw, 23. Juni. (Verkehrsunfälle.) Am Montagmittag geriet auf der Staatsstraße bei Klein-Wildbad ein beladener Lastzug, als er einem andern Lastzug ausweichen wollte, in den Strahengraben und stürzte um. Beschädigungen erlitt lediglich das Fahrzeug. — Gestern nachmittag endete zwischen Ernstmühl und Liebenzell eine Schwarzfahrt, die ein junger Mann aus Hirsau mit einem dort von der Straße weggenommenen Kraftfahrzeug unternommen hatte, mit einem Unfall. Der „wilde“ Fahrer stürzte und zog sich eine ernste Gesicht- und Beinverletzung zu.

Mähringen, 23. Juni. (Ein eigenartiger Unfall.) Der landwirtschaftliche Gehilfe Oskar Besser wurde beim Tränken des Viehs am Dorfbrunnen das Opfer eines eigenartigen Unfalls. Besser hielt einen aus dem Brunnen trinkenden Stier am Halfter, als dieser beim Herannahen eines Lastwagens plötzlich scheute und den Mann in den Trog hineinzog. Mit den Vorderfüßen drückte das aufgeregte Tier den hilflosen Knecht immer tiefer ins Wasser. Als der Stier endlich innehielt, hatte der durch die Tritte des Tieres erheblich verletzte Mann große Mühe, sich aus dem Wasser aufzurichten, in dem er um ein Haar ertrunken wäre.

Böblingen, 24. Juni. (Gefährlicher Waldbrand.) Am Mittwochnachmittag gegen 15 Uhr wurde aus dem Böblingen Stadtwald ein Waldbrand gemeldet. Dort war eine Arbeiterkolonne mit Abholzen beschäftigt. Das dürre Unterholz wurde an Ort und Stelle verbrannt, und als ein harter Windstoß die Flammen entzündete, wurden die in der Nähe des Feuers aufgestapelten Nichtenstämme und Stangen entzündet. Bald schlugen die Flammen hoch hinauf. Nur dem sofortigen und tatkräftigen Eingreifen der Arbeiter selbst, der Feuerwehr von Böblingen und der durch Sirene alarmierten Flugjäger des Flugplatzes Böblingen ist es zu danken, daß das Feuer im wesentlichen auf seinen Herd beschränkt blieb. Nach zwei Stunden, gegen 17 Uhr, war der Brand gelöscht. Zur Sicherheit blieb eine Brandwache zurück. Von dem Brand sind einige Hektar Wald betroffen worden. Ueber die Höhe des Schadens läßt sich zur Zeit nichts Genaues sagen.

Stuttgart, 23. Juni. (Textilschau.) Die große Festungsschau der Südwestdeutschen Textilindustrie auf dem Gewerbehallegelände wird von Tag zu Tag härter besucht. Ganze Betriebe, viele Schulklassen haben die Ausstellung schon geschlossen besucht. Sonderzüge und Autobusse führen Tausende von Gästen aus dem Lande herbei. Mit RdZ. kommen zum Wochenende 12-15 000 Besucher. Es kann sich also nur noch um einen oder zwei Tage handeln, bis der 40 000. Besucher die großartige Schau betritt, um erkant und erfreut den Entschien für eine tadellosen Herrenanzug in Empfang zu nehmen. Ist es eine Besucherin, so verwandelt sich der Preis in ein vornehmes Strophenleid. Aber auch später bestehen noch solch lodende Möglichkeiten. Jeder 5000. Besucher soll im weiteren Verlauf der Ausstellung mit einem wertvollen Erzeugnis der heimischen Textilindustrie belohnt werden.

Wuningen, 23. Juni. (Zündende Kinder.) Im Anwesen des Radenbauern Karl Kretz war nachmittags ein Brand ausgebrochen, der mit so unheimlicher Schnelligkeit um sich griff, daß Stall und Scheuer im Nu lichterloh in Flammen standen. Das Feuer fand an dem zum größten Teil bereits eingebrachten Heu reiche Nahrung. Die Tätigkeit der Feuerwehrmänner mußte sich in der Hauptlage darauf beschränken, das durch eine Feuermauer vom Stall und der Scheuer getrennte Wohnhaus zu retten. Die Erhebungen der Gendarmeriebeamten haben ergeben, daß als Brandursache zündende Kinder in Frage kommen. Zwei sechs-jährige Baben wollten auf dem Heuboden ein „Feuerle“ machen und wurden so zu Brandstiftern.

Welzheim, 23. Juni. (Im Ebnisee ertrunken.) Montag früh wurden am Ebnisee die Kleidungsstücke einer Frau aufgefunden. Beim Abfischen des Sees konnte die Leiche geborgen werden. Die Ertrunkene ist ein 27-jähriges Fräulein namens Elisabeth Philipp aus Stuttgart. Sie war in letzter Zeit als Kurgast in Murrhardt.

Schwab. Gmünd, 23. Juni. (Vandienst der HJ.) Samstag und Sonntag fand in der Jugendherberge zu Schwab. Gmünd die erste Führertagung des Landdienstes der schwäbischen Hitlerjugend statt. Neben den Führern und Führerinnen der württembergischen Gruppen nahmen Bannführer Steinbel als Beauftragter der Reichsjugendführung und Leiter der Sozialabteilung der Gebietsführung Bannführer Winter, teil. Eine Reihe von grundlegenden und interessanten Referaten, der Austausch der bis heute gesammelten Erfahrungen, gaben klare Ausrichtung für die kommende Sommerarbeit.

Westheim, Kr. Hall, 23. Juni. (Todesfahrt.) Der junge Schieler befand sich in Begleitung seiner 18-jährigen Schwester mit dem Motorrad auf der Heimfahrt vom Wartsbergtennen in Heilbronn. Zwischen Heilbronn und Wilsingen geriet das Fahrzeug, vermutlich durch die vom Regen verursachte Glätte, ins Schleudern. Die Schwester wurde vom Soziussoh so heftig gegen eine Baum geschleudert, daß sie schwere Verletzungen am Kopf erlitt. Sie verschied auf dem Wege nach Heilbronn.

Unser BDM-Untergausportfest in Wildbad

Klar und fest ist aus der Weg vorgezeichnet. Ueber 1000 BDM-Mädel aus dem ganzen Untergau waren in der Schwarzwaldstadt Wildbad zusammengekommen, um in der großen Gemeinschaft frohe Stunden der Kameradschaft zu erleben und der Doffentlichkeit einen Auschnitt aus der sportlichen Betätigung des BDM zu zeigen. Am Vorabend des Sportfestes kritisierten Jungmädels mit ihrer ganzen jungen Kraft und Einjahbereitschaft um den Sängereinstreit; der Mannschaftsmehrkampf prüfte seine Kräfte, um dann auch das Letzte herzugeben, wenn es gilt. Bald herrschte frohes und lustiges Treiben auf dem ganzen Sportgelände, leider wollte da die Witterung einen Strich durch die Rechnung machen, denn schon rieselte ein leiser Regen hernieder, doch trotzdem marschierte die junge Schar mit lustigen Liedern auf den Lippen zur Turnhalle und Bergpflegungsstätte. Ein heißer Kaffee aus der Feldküche — ja der Schmiede allen — darnach folgte eine lange Nacht, im „Waffen- oder Privatquartier“. Die Städte Wildbad und Calmbach hatten in freundschaftlicher Weise so viel Quartiere zur Verfügung gestellt und ein Teil der Mädel durfte sogar mit Sonderzug nach Calmbach fahren — das war eine Freude und ein Gallo. Und dann begann ein neuer Tag.

Unser Wille wird zur Tat. Ausscheidungswettkämpfe der Gruppen. Ein klarer, fester und zielbewusster Wille lag auf den Gesichtern der Mädel — vorwärts kommen, immer mehr leisten können, mit diesem Grundsatz begannen sie den Kampf. Jungmädelskämpfe und Hindernisläufe wechselten in bunten Bildern miteinander ab. Bald darauf herrschte auf dem Borplatz der Turnhalle frohes Leben, die Großfeldküche der NSDAP hatte die große Aufgabe, so viel „hungrige Mägen zu füllen“, ein feines Essen wurde aufgestellt, dank dem Küchenleiter und seinen Mitarbeitern.

Propagandamarsch. Fanfarenlänge begleiteten die große Schar — die junge Generation — zum Sportplatz. Und ob auch der Regen bald stärker bald schwächer hernieder rieselte, Jungmädels — sie zeigten in ihrem lustigen Uebermuth ihre Spiele. Darnach die Ballgymnastik des BDM. Nach dem Takt der Musik spielte jede einzelne Muskel des ganzen Körpers ohne Anstrengung im Rhythmus mit. Die Körperschule zeigte von straffer Ausrichtung des ganzen Mädels. Gerade, mit einem festen Blick nach vorwärts, so standen diese Mädel. Haltung bewahren, auch wenn es noch so regnet, das hat der BDM-Untergau 401 gelehrt.

Zum Schluß des Sportfestes sprach die BDM-Untergauführerin Rosie Baumann über die besonders große Wichtigkeit des Sportes, denn das Mädel von heute, die Mutter von morgen muß gesund sein, gesund an Leib und Seele. Wir arbeiten ja auch nicht aus ehrgeizigen oder kleinlichen Beweggründen heraus, unser Schaffen gilt der Erleichterung eines ganzen Volkes. — Darnach ergriß Gaugeschäftsführer Pa. Baumert als Vertreter der Gauleitung das Wort. Dieser Untergau steht! So erklärte er, denn was wir heute gesehen haben, ist ein Beweis dafür, daß diese Arbeit im Sinne des Führers aufgeführt worden ist.

Ehe die Mädel alle wieder in die verschiedensten Himmelsrichtungen auseinander gingen, rief die Untergauführerin die Gruppenführerinnen nochmals zu sich, um ihnen ihre Zufriedenheit über die Haltung der Mädel zum Ausdruck zu bringen, trotz dieser schwierigen Umständen haben sich die Mädel tapfer gehalten. Und wir wollen ja auch, daß eine Frauengeneration heranwächst, die fähig ist, den Unbilden des Lebens gegenüber standzuhalten.

„Benston“ wird durch „Fremdenheim“ ersetzt

Der Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbandes hat die Landesfremdenverkehrsverbände ersucht, die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in ihrem Bestreben auf Ausmerzung des Ausdrucks „Benston“ und insbesondere des Wortes „Privat-Benston“ zu unterstützen. Es soll darauf geachtet werden, daß die genannten Ausdrücke nicht mehr verwendet, sondern durch „Fremdenheim“ ersetzt werden.

Auß Baden

Oberkirch, 23. Juni. (Ehrlung einer Hundertjährigen.) Der Führer und Reichsstatler hat der Frau Anne Maria Raft in Oberkirch im Renchtal aus Anlaß der Vollendung ihres 100. Lebensjahres ein persönliches Glückwunschschreiben und eine Ehrengabe zugehen lassen.

Billingen, 23. Juni. (Vom Strom getötet.) Beim Umbau des Gasthofes „Waldbild“ ereignete sich ein tödlicher Unfall. Als der Hilfsarbeiter Erw. Schöcher im Keller mit einer behelfsmäßig gelegten elektrischen Leitung in Berührung kam, stürzte er tödlich vom Strom getroffen zu Boden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Der Verunglückte, der 23 Jahre alt und unverheiratet ist, stammt aus Rehl bei Offenburg.

Zum Gaultag der NSDAP.

Vor zehn Jahren:

Wir Schwäbischen Nationalsozialisten begehen diesen Gaultag 1937, der seine interne Angelegenheit der Partei, sondern eine machtvolle Randgebung des gesamten Schwäbischen Volkes ist, im Gedenken an jenen Maitag 1927, an dem das kleine Häuflein der unentwegten nationalsozialistischen Kämpfer in Württemberg den ersten Gaultag feierte: dortmals unter dem Zeichen eines Landesparteitages.

„Faschistentummel in Stuttgart“ — „Leute in gelben Hemden“ — „Darmlofer Verlauf“ — das waren die Schlagzeilen und Stichworte der politischen Gegner, die heulend, pfeifend und johlend gegen die kleine, aber eiserne Garde des Führers Sturm ließen. Nicht mehr als rund 1000 Mann marschierten vor dem Führer am Schillerplatz vorbei. Im Dinkelackerfaal hämmerte er seinen Mittkämpfern die Parole des Kampfes ins Herz und entflammte sie mit der Kraft seines Willens und der Gestalt seines Glaubens für seine Idee. Dr. Goebbels sprach damals über die verlorene „Revolution“ von 1918. Heute stehen die Standarten festhaft in der Sonne eines heroischen und entschlossenen Marsches in die Zukunft, hinter sich das Vertrauen und die Herzen eines ganzen Volkes.

Der Höhepunkt des Gaultages

Der große Augenblick, in dem die Herzen höher schlagen, die Fronten sich kräften und Zehntausende in geeintem und gleichgerichteten Willen sich zusammensuchen werden, — das wird die Großkundgebung in der Adolf-Hitler-Kampfbahn sein, die am Sonntagnachmittag um 17 Uhr beginnt. Daneben aber steht der Gaultag der Politischen Leiter in der Kotebühnen-Kaserne nachmittags 12 Uhr, und der Vorbeimarsch vor dem Neuen Schloß.

Am Samstag die Tagung des Führerkorps. Der große Auftakt wird der Presseempfang im Halbmondhaal des ehem. Würt. Landtages sein, bei dem der Gauleiter das Wort ergreift, um die besondere Bedeutung dieses Gaultages hervorzuheben. Rund 1000 maßgebliche und führende Parteigenossen, unter ihnen sämtliche Kreisleiter, treffen bereits am Freitag ein.

In den Morgenstunden des Sonntags rollen 21 Sonderzüge mit 25 000 Politischen Leitern im Hauptbahnhof ein. Der erste Zug schon 8.30 Uhr. Von hier aus werden die Kolonnen zur Goethe- und Kriegsbergstraße geführt. Kalte Verpflegung: Wurst, Brot und Kaffee wird ausgegeben, darunter allein 30 000 Landjäger. Ist die Marschpauke verjort, rückt sie zur Kotebühnenkaserne.

8000 Amtsleiter, Hoheitsdiener sind zusammen mit den Führern der Gliederungen schon am Samstag in Stuttgart, um an der Führertagung in der Stadthalle teilzunehmen, bei der bekannte und namhafte Redner der Partei sprechen.

Bei dem großen Vorbeimarsch am Sonntag marschieren vor allem Großstüttgarts Gliederungen mit den Politischen Leitern auf. Nur ein Teil der aktiven Kämpfer der Bewegung kann daran teilnehmen. Die SS-Verfügungstruppe Ellwangen, die SA-Wachstandarte und eine Hundertschaft Schutzpolizei im Verband der SS. marschieren gleichfalls auf.

Sonderzug zum Gaultag

7.13 ab	Altensteig	an	—
8.37	Nagold		1.55
8.52	Wildberg		1.35
9.15	Calw		1.14
10.51 an	Stuttgart Hbf.	ab	23.11

Ein eigenartiges Museum

Als John Davis, ein vermögander Mann im Staate Kansas, seine geliebte Frau durch den Tod verlor, beschloß er, ihr eine ungewöhnliche Würdigung zuteil werden zu lassen. Er wandelte sein Anwesen in ein Familienmuseum um. Jeder Gegenstand der Leuerlein erhielt seinen besonderen Ehrenplatz in der Wohnung. Die Partwege, Büume und Blumen im Garten wurden nach ihren Vornamen und Lieblingsdingen benannt. Ferner ließ er Davis einen Bildhauer kommen und beauftragte ihn, lebensgroße Statuen in Gips zu schaffen. Sie sollten Zeugnis ablegen von dem trauten Familienleben des Ehepaars. Also geschah es. Da sah man eines Tages das Brautpaar Davis — verschönt in Gips, dann die Eheleute dabei am Kamin, an festlich gedeckter Tafel, den Mann am Schreibtisch und die Frau am Herde, ihn und sie als Sommerfröhler in den Rocky Mountains usw. Ein Gipspaar steht noch aus und soll nach dem Willen des untröstlichen Witwers erst nach seinem Tode aufgestellt werden. Der Künstler hat es bereits fertig modelliert. Es steht unter Stoffbeugeln im Atelier des Bildhauers und zeigt Herrn und Frau Davis als — selbige Engel im Himmel. Unterschrift: Ewig vereint!



Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Organisation

Der Kreisleiter

Die Teilnahme am Gaultag ist für sämtliche Politischen Leiter des Kreises vom Kreisleiter an aufwärts unbedingt Pflicht. Ich mache die Hoheitsträger für die Beteiligung aller Politischen Leiter ihres Bereichs verantwortlich.

Ortsgruppe Altensteig

Die Pol. Leiter der Ortsgruppe kommen sämtlich heute abend um 20 Uhr im Parteieheim zusammen in zivil (Beteiligung am Gauparteitag, Schulungsbriefe). Ortsgruppenleiter.

Partei-Amt mit betrounten Organisationen

NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Kreis Nagold

Anlaßlich der Kundenausstellung in Berlin führt die NSG „Kraft durch Freude“ am Freitag, den 6. August, einen Sonderzug ab Stuttgart durch. Die Rückfahrt erfolgt am 9. August. Die Fahrt kostet, einschließlich zwei Uebernachtungen mit Frühstück, Eintritt zur Funkausstellung und Zeughaus RM. 21,00, ohne Uebernachtungen in Berlin RM. 16,20 pro Teilnehmer. Anmeldungen können bei den Ortsdienststellen und bei der Kreisdienststelle gemacht werden. Kreiswart.

Deutsche Arbeitsfront, Ortsverwaltung Altensteig

Die Verwaltungsstelle Nagold wird auf Ende des Monats aufgelöst und müssen deshalb die Juniabrechnungen bis spätestens 27. Juni dort eingegangen sein.

Die Mitarbeiter haben daher unbedingt darauf zu sehen, daß bis spätestens Samstag, den 26. Juni, die Juniabrechnung beim Kassawalter abgegeben ist.

Ferner bitte ich bei den Mitgliedern nach ev. Rückständen aus vergangenen Monaten nachzusehen und dieselben mit einzuziehen. Ortsobmann.

NS-Frauenstaffel, Kreis Freudenstadt

Kreisamtsleitung. Besonderer Umstände halber kommen die Kreisabteilungsleiterinnen nicht nächsten, sondern heute Donnerstag, 24. Juni, zusammen, und zwar schon nachmittags 2.30 Uhr. Vollständig und pünktlich erscheinen!

Ortsgruppe Pfalzgrafenweiler. Die Mitglieder der NS-Frauenstaffel werden gebeten, die fertigen Arbeiten für die Ausstellung endgültig bis 25. Juni bei der Ortsgruppenleiterin abzuliefern.

Nr. 1, BDM, IV., JM.

Hitler-Jugend, Gefolgschaft 17/126

Es muß mir bis Samstag 27. 6. von jedem Standort gemeldet werden, wieviel Koppeltaschen er besitzt, wieviel gepörrte Feldschere jeder Standort hat und wieviel Verbandspäckchen und Kosmaplastdosen jeder Standort benötigt. Verbandspäckchen und Pfalsherdose kosten je 15 s. Stv. Führer der Gef.

Deutsches Jungvolk, Stamm III/126 Nagold

Sommerlager: Die Lagerzeiten für unseren Stamm sind vom 18. 8. bis 25. 8. und 25. 8. bis 1. 9. 37. Es ist jetzt mit größtem Einsatz für das Lager zu werben. Jeder Führer ist zur Teilnahme am Lager verpflichtet. Die Führerleiter melden mir sofort diejenigen Führer, die am Lager nicht teilnehmen und warum sie nicht teilnehmen. Stammführer.

An sämtliche Mädel- und JM-Gruppenführerinnen des ehemaligen Untergaues Schwarzwald (126)

Das Freizeitlager Hohrenbühl kann erst ab 11. 7. 1937 eröffnet werden. Beginn des Lagers Titisee ist der 4. 7. 1937. Die Anmeldungen hierfür sind umgehend zu machen. Es kommen dazu so viele Meldungen, so daß jedes Mädel, das Interesse hat, sich gleich für das erste Lager anmelden soll, damit eine Ueberfüllung in den anderen Lagerzeiten vermieden werden kann. Die Gruppenführerinnen müssen für schnelle Erledigung der Anmeldungen Sorge tragen.

BDM-Standort Altensteig

Heute Schaf 2 Helmadend. Wertarbeit. 20 s für Programm mitbringen.

Gestorben

Dornstetten: Christian Schweifle, Landwirt, 75 J. a. Mittellal: Magdalene Günther geb. Seid, 63 J. a. Reizenfeld: Margarethe Kübler geb. Fischer, 64 J. a.

Das Wetter

Um Süd schwankende Winde, zunächst noch heiler und warm, dann zunehmend vorübergehend Aufkommen von Bewölkung und hauptsächlich im Westen gewittrige Niederhläge möglich.

Druck und Verlag: W. Kiefer'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptstiftleitung: Ludwig Paul, Altensteig (verreist); Stellvertreter: Hermann Tröller, Stuttgart. Anzeigenlsg.: Gustav Wohlrich, Altensteig. D.M.: V. 37: 2170. Jzt. Preisl. 3 gültig.

Stuttgart — Berneck. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 26. Juni 1937 im Gasthof zum „Waldhorn“ in Berneck stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Karl Seibold, Stuttgart
Johanna Gutekunst
Tochter des Chr. Gutekunst, Schreinermeister in Berneck.
Kirchgang um 1 Uhr in Berneck.

Ämtliche Bekanntmachung

Kreistag.

Am Donnerstag, den 1. Juli 1937, findet von vormittags 9.30 Uhr an im Schulsaal der früheren Kreisleitung der NSDAP. (Altes Polizeigebäude) in Nagold ein Kreistag statt. — Die Tagesordnung geht den Mitgliedern nach zu. Nagold, 23. Juni 37. Der Landrat: (ges.) Dr. Lauffer.

Würt. Forstamt Altensteig Brennholzverkauf.

Am Freitag, den 25. Juni 1937, nachm. 1/2 Uhr in Altensteig beim Forstamt aus Staatswald Ronnenwald, Abt. Hochwald und Birchhalde

41 Rm. Nadelholz-Anbruch und 100 Rm. Reisig.

Morgen früh

Einmachpreßlinge und Rischen

bei Valentin Jörgler.

Dr. Druckreys
Druid Bleichwachs
heilt alle Arten von Hautkrankheiten
Sommersprossen
und Hautunreinigkeiten
besonders
für M.H.25, aber nur in Apotheken

best. Apotheke Altensteig.

Bringe morgen von 9 Uhr ab einen größeren Posten billige
Einmachpreßlinge
Rischen u. Gemüse
Jasper, Frau Koch.

Elektr.
Kühlstränke
teilweise sofort lieferbar
Elektro-Manz

Wie die Kalthe macht's die Gerte- und die Gerte wie die Mimi- alle spielen die Geräte in der Küche nur mit imi — es rennt alles!

Die Sparkasse Altensteig

Zweigniederlassung der Kreissparkasse Nagold.

— gemeinnützige und mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts —

empfiehlt ihre vielseitigen Einrichtungen wie:

- Spar-, Giro-, Scheck- und Kontokorrentverkehr,
- Wechsel-, Sorten-, Devisen- und Wertpapierverkehr.

zur regen Benützung.